

Reserven der Pensionskasse

Vorsichtiger Gang an die Börse

Lucien Montebusco

Werden die Reserven der Rentenkasse an der Börse verzockt? Diesen Verdacht lässt der Beschluss zu, wonach bis zu 50 Prozent der Reserven in Aktien angelegt werden dürfen. Doch das neue Reglement soll den Fondsverwaltern bloß mehr Flexibilität einräumen.

Die Aufmerksamkeit auf die neuen Bestimmungen lenkte Serge Urbany von „déi Lénk“ vor einigen Wochen, mitten in den Sommerferien. Das großherzogliche Reglement war am 5. August im Memorial veröffentlicht worden. Doch der Entwurf dazu lag bereits im April vor. Die „Chambre des salariés“ hatte ihr Gutachten bereits am 20. Mai abgegeben, die Handelskammer im Juli.

Um was geht es? 2004 wurde der Rentenkasse die Möglichkeit gegeben, ihre Reserven „optimaler“ zu verwalten. Dazu wurde ein „Fonds de compensation“ (FDC) geschaffen, der sich mit dem Anlegen des Geldes in Wertpapiere, Obligationen und Aktien beschäftigen soll. Dieser Fonds gründete 2007 eine Investitionsgesellschaft (Sicav), über die das Geld angelegt wird. Ende 2008 waren es bereits 6,05 Milliarden Euro.

Welcher Anteil der Rentenreserve in einzelne Anlageformen fließen darf, legt ein großherzogliches Reglement vor. Die neue Regelung erlaubt es, bis zu 60 Prozent des Guthabens in Obligationen zu investieren und maximal 50 Prozent in Aktien. Auch dürfen nicht mehr als 15 Prozent in Immobilien angelegt werden.

Das seien Maximalwerte, betont Sozialminister Mars di Bartolomeo. Mit den neuen Obergrenzen habe man dem Fonds mehr Flexibilität einräumen wollen. Das bedeute nicht, dass nun die Hälfte der Reserve an der Börse angelegt werde.

Der Fonds werde auch weiterhin vorsichtig und verantwortlich

mit den Mitteln umgehen, so Di Bartolomeo. Erst im Zusammenspiel mit diesen zwei Prinzipien komme das dritte Prinzip, das über die Rendite, zur Anwendung. Schließlich seien auch die Sozialpartner bei allen Entscheidungen mit dabei, und es sei wohl kaum anzunehmen, dass die Versichertenvertreter das Geld der Versicherten leichtfertig aufs Spiel setzten.

Die maximal zulässige Grenze für Aktieninvestitionen will der FDC vorerst noch nicht ausreizen. Am 28. November 2008 beschloss sein Verwaltungsrat, bis zu 35 Prozent der Mittel in Aktien und alternative Produkte anzulegen und bis zu 50 Prozent in Obligationen. Für Investitionen in Immobilien sind 10 Prozent vorgesehen. Die restlichen fünf Prozent sind Barmittel.

Vorsichtige Anlagepolitik

Der Vorschlag zur Erhöhung der Obergrenzen für die verschiedenen Anlageformen entspricht dem Wunsch des Patronats, aber auch der Versichertenvertreter.

Bereits 2003 hatte die damalige Arbeiterkammer, die heute mit der Ex-Privatangestelltenkammer die CSL bildet, allzu starre Begrenzungen bei der Anlagepolitik kritisiert und eine Art Pufferspeicher vorgeschlagen. Aus dem könnten zusätzliche Mittel freigegeben werden, sollten sich in einem Bereich gute Anlagemöglichkeiten ergeben und die ursprünglich für diesen Bereich vorgesehenen Mittel bereits ausgeschöpft sein.

Die bisherigen Reglemente legten strikt fest, wie die Reservemittel anzulegen seien. So sollten 2009 24 Prozent der Reserve in Aktien angelegt werden. 2008 waren es noch 18 Prozent und 2007 12 Prozent. Das waren jedoch lediglich Vorgaben.

Tatsächlich wurden 2007 knapp fünf Prozent der Reserven in Aktien investiert. Und auch im

Krisenjahr 2008 mit seinen zusammenbrechenden Börsenkursen lag man mit 2,9 Prozent weit vom Planziel entfernt. Im Zusammenhang mit dem Börsenrückgang habe man die Investitionen in Aktien sehr klein gehalten, schreibt der FDC in seinem Bericht für 2008. Ein Kapitalverlust sei nicht zu verzeichnen, so der Fonds, der unterm Strich sogar von einem positiven Renditeergebnis spricht. Eine vorsichtige Politik, die auch weitergeführt werden sollte, mahnt die CSL an.

In ihrem Gutachten zum neuen Reglement schreibt sie: „La Chambre des salariés peut approuver la fixation de bornes supérieures en matière de placements en remplacement d'un cadre trop étroit représenté par des proportions fixes de la réserve de compensation devant être investie dans les différents actifs.“

Die CSL begrüßt die Entscheidung, in alternative Produkte zu investieren, vorausgesetzt es handelt sich dabei um ethische und sozial unbedenkliche Anlageformen. Strikt abgelehnt werden Investitionen in die Hedgefonds und andere Derivate.

INFOBOX DIE FAKTEN

o **8,9 Milliarden Euro** befanden sich Ende 2008 in den Pensionsreserven. Das entspricht 3,57 Mal den Jahresausgaben. 2009 dürften es bereits 9,6 Milliarden Euro sein.

o **3 Prozent** der Reserven sind in Immobilien angelegt, ausschließlich in Luxemburg.

o **2,9 Prozent** der Reserven waren 2008 in Aktien angelegt worden. Ursprünglich geplant waren 18 Prozent.

o **3,8 Prozent** ist die angestrebte Rendite, die der Kompensationsfonds erzielen will. 2008 wurden 2,25 Prozent erreicht, 2007 3,69 Prozent.